

# Genftenberger Anzeiger

Nachrichtenblatt und Anzeiger für den Niederlaufiber Industriebezirk,  
insbesondere für den Amtsgerichtsbezirk Genftenberg  
Fernsprech-Anschlüsse: Genftenberg 493 und 510, Ruhland 207,  
Ortrand 48, Lautauwerk 221



Lageszeitung für Stadt und Land  
Publikations-Organ für die Reichs-, Staats- und Kommunal-Behörden  
Geschäftsstelle: Genftenberg N.-L., Am Markt Nr. 11  
Druckerei: Laugstraße Nr. 19

Verlag und Rotationsdruck von Gebrüder Grubnans Buchdruckerei in Genftenberg, Ruhland und Ortrand — Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger  
Redaktion: Genftenberg, Laugstraße 19 — Berliner Redaktion: Berlin SW 61, Wilsdorfstraße 12 — Fernruf: Baerwald 5011

111. Nr. 1933

Erscheint einmal wöchentlich (unter Sonn- und Feiertagen). Bezugspreis: In den Reichs- und den Auslandsteilen monatlich 60 Pf., einzelne Nummern je nach Umfang 10 und 15 Pf., Monatskanten 1,50 RM. Durch den Zeitungshändler frei ins Haus geliefert monatlich 20 Pf. mehr, durch die Post freibleibend.

Sonnabend, den 13. Mai 1933

(Sonntags-Ausgabe)

Anzeigenpreise: Die einblättrige Wählerteile oder deren Raum 3 Pf., bei laufenden Anzeigen 6 Pf., für amtliche Anzeigen 20 Pf., im Restanteil 60 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Anzeigen mit Nachdruckteilung oder Anzeigensammlungen 20 Pf. mehr. Kleine Anzeigenbeträge sind vorher zu erörtern.

58. Jahrgang

Bei Wiederholungen von Anzeigen wird Rabatt gewährt, bei größeren und öfteren Aufträgen Umfangsrabatt nach feststehendem Tarif. Der Rabatt ist nur bei Bezahlung innerhalb 10 Tagen gültig, bei späterer Zahlung und bei Nachfragen erlischt der Rabattanspruch. Für unentgeltlich geschickte Anzeigen, Aufträge durch Fernsprecher sowie Erscheinungen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags, für größere Anzeigen am Tage vorher. Unterbrechung eingetragener Anzeigen wird nicht bewilligt. Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

## Der Abbruch der Genfer Verhandlungen noch einmal vermieden.

Die deutsche Regierung erhält ihren Standpunkt bei den Abrüstungsverhandlungen aufrecht.

### Hendersons Vermittlungsvorschlag angenommen.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat in einer am vierzehnten Sitzung den Vermittlungsvorschlag des Präsidenten Henderson einstimmig angenommen, der zunächst eine Weiterführung der Abrüstungskonferenz ermöglicht.

Danach soll der Hauptausfluß am Montag in einer allgemeinen Aussprache über die gesamten Kriegsmaterial- und Effektivfragen (Werteinsparung der Heeresstypen) und die Frage der Dauer des ersten Abrüstungsabkommens eintreten. Jeder Nacht bleibt es freilich ihren Standpunkt zu den allgemeinen und einzelnen Fragen darzulegen. Henderson berichtete mit kurzen Worten über den ergebnislosen Verlauf der Einzelbesprechungen. Die Vertreter der Großmächte stimmten darauf dem Vermittlungsvorschlag ohne weiteres zu.

Dieser Beschluß des Präsidiums ist in Konferenzkreisen mit einem gewissen Gefühl der Erleichterung angenommen worden, da damit der allgemeine befürchtete unmittelbare Bruch der Konferenz zunächst vermieden werden konnte. Praktisch sind damit zunächst jedenfalls nur einige Tage Zeit gewonnen, die großen bisherigen Gegensätze in der Abrüstungsfrage, insbesondere die aus der Anerkennung der Gleichberechtigungserklärung vom 11. Dezember v. J. hervorgehenden praktischen Folgen für den deutschen Rüstungsstand sind nach wie vor völlig unentschieden. Die Entschreibungen auf dem für Deutschland wesentlichen Gebiet des Kriegsmaterials sind nimmere bis auf die nächste Woche hinausgeschoben worden.

Die Zustimmung der Großmächte zu dem Vermittlungsvorschlag Hendersons kann nur als ein deutliches Zeichen dahin aufgefaßt werden, daß man trotz der gegenwärtig für sie ungewöhnlich günstigen internationalen Lage dennoch einen Abbruch der Abrüstungskonferenz und die sich daraus ergebenden Folgen für Deutschland scheut und zunächst von England versucht wird, den Weg einer Einigung mit Deutschland zu beschreiten.

Die deutsche Stellung auf der Abrüstungskonferenz hat sich immerhin nicht unerheblich verstärkt, da trotz der unüberwindlichen Angriffe und Verdächtigungen die deutsche Regierung ihren Standpunkt bisher ohne jede Einschränkung aufrechterhalten hat und nimmere entsprechend den deutschen Wünschen eine Generalausprache über die Kriegsmaterialfrage stattfindet.

Bis zum Zusammenritt des Hauptausflusses am Montag sollen zunächst keine weiteren Auseinandersetzungen stattfinden, um den Regierungen der Großmächte die Möglichkeit einer eingehenden Prüfung der Lage und Ausarbeitung der Pläne für die großen entscheidenden Verhandlungen der nächsten Woche über das Kriegsmaterial zu geben.

### Politische Aussprache im Reichskabinett.

Freiherr von Neurath berichtet über Genf.  
Das Reichskabinett beschäftigt sich in seiner Sitzung sehr ausführlich mit einem Gesandtschaftsbericht zur Änderung strafrechtlicher Vorschriften, die durch die politische und geistige Umstellung notwendig geworden sind. Ferner verabschiedete das Reichskabinett ein vom Reichswirtschaftsministerium vorgelegtes Gesetz über Zwangsparantennenermigungen.

Daran schloß sich eine Aussprache über die politische und wirtschaftspolitische Lage, wie sie sich nach den

### Reichstag zum 17. Mai einberufen.

Auf der Tagesordnung steht Genf.

Reichstagspräsident Brüning hat im Einvernehmen mit der Reichsregierung den Reichstag zum 17. Mai, 3 Uhr nachmittags, einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Abgabe einer Regierungserklärung über die Ereignisse in Genf.

lechten Vorgängen und mit Rücksicht auf die Verhandlungen des Reichsamtpräsidenten Dr. Schacht in Washington sowie in Anbetracht der für die Weltwirtschaftskonferenz zu fassenden Beschlüsse ergibt.

Zu der Nachmittags-Sitzung des Reichskabinetts, an der auch die inzwischen im Flugzeug eingetroffenen Reichsminister von Blomberg und Brüning teilnahmen, sprach zunächst Reichsaußenminister Freiherr von Neurath über die Lage in Genf, worauf Reichskanzler Adolf Hitler zu der politischen Lage im allgemeinen Stellung nahm.

Das Reichskabinett hat sich in seiner Sitzung ferner noch mit Fragen wie Kindesmißhandlung, Mordtötung ufw. beschäftigt. Auch Menschenfragen wurden behandelt.

### Schnelle Lösungen sind nötig.

Gemeinsame Erklärung Roosevelts und Dr. Schachts über die Washingtoner Verhandlungen.

Präsident Roosevelt und Reichsamtpräsident Dr. Schacht veröffentlichten über ihre Verhandlungen in Washington eine gemeinsame Erklärung, in der sie zunächst betonen, daß die Welt die militärische und wirtschaftliche Abrüstung dringend notwendig habe. Es heißt dann weiter:

## Der Reichskanzler spricht im Reichstag über die deutsche Außenpolitik.

Zu der zum 17. Mai einberufenen Sitzung wird Reichskanzler Adolf Hitler eine Erklärung der Reichsregierung über die grundsätzlichen Fragen der deutschen Außenpolitik abgeben. Der eigentliche Anlaß für diese einmalige Einberufung des Reichstages ist der Beschluß im Genfer Effektivausfluß, daß die deutschen Wehrverbände angeblich militärischen Charakter haben. Es liegt auf der Hand, daß dieser völlig unverständliche und durch nichts begründete Beschluß bei der Reichsregierung starke Befremden hervorgerufen hat. Sicherlich werden in der Reichstagsitzung auch die einzelnen Fraktionen zu den Auslassungen des Reichskanzlers Stellung nehmen.

Der Reichskanzler dürfte, wie verlautet, in der Erklärung nicht etwa auf Einzelheiten eingehen, sondern grundsätzlich zur Außenpolitik überhaupt Stellung nehmen. Es ist gerade nach der Entwicklung, die die Ereignisse in Genf genommen haben, dringend erforderlich, daß der

Wir haben uns bei unseren Verhandlungen von der Hoffnung leiten lassen, daß die Weltwirtschaftskonferenz in London erfolgreich sein werde. Schnelle und weitgehende Lösungen sind nötig, um die Weltwirtschaft zu retten. Wir sind überzeugt, daß dies unmöglich ist, solange nicht gleichzeitig mit der wirtschaftlichen auch die militärische Abrüstung erzielt wird.

Wir betonen weiter die Notwendigkeit, Hindernisse, die den internationalen Handel fördern, schnellstens aus dem Weg zu räumen und halten die Schaffung stabiler Verhältnisse für ebenso wichtig. Fragen der Wirtschaft und der Währung sind so miteinander verflochten, daß ihre Regelung Hand in Hand gehen muß.

Bis die Wiederherstellung der Ordnung im Wirtschaftsleben ihre Wirkung tut, nämlich die Arbeitslosigkeit zu beheben, müssen Anstrengungen gemacht werden, den Erwerbslosen durch gesunde innerpolitische Kreditausdehnung und durch ein einheitliches internationales Programm zur Mobilisierung

Welt einmal in geeigneter Form gesagt wird, wie Deutschland zum Problem der Außenpolitik steht. Ob eine in Genf eintreffende neue Erklärung die Stellungnahme der Regierung noch beeinflussen werden, ist kaum anzunehmen, da sich an den in Genf angewandten Methoden und an der grundsätzlichen Einstellung unserer Verhandlungspartner kaum etwas ändern dürfte.

Von der Einberufung des Reichstages ist auch das Reichstagsbüro völlig überrascht worden. Die telegraphischen Einladungen an die Reichstagsmitglieder wurden daher erst am Sonnabend abgehandt. Es handelt sich bei der bevorstehenden Sitzung um die dritte Vollversammlung des neuen Reichstages, die natürlich wieder in den Räumen der Reichshofoper abgehalten werden wird. Mit den Vorbereitungen für die kommende bedeutungsvolle Reichstagsabhandlung wird sofort begonnen werden. Man nimmt an, daß schon am Dienstag, den 16. Mai, die meisten Fraktionen sich versammeln werden.

## Letzte Nachrichten.

### Hitler in München.

München, 13. Mai. (Eig. Funfm.) Reichskanzler Adolf Hitler traf gegen 21.30 Uhr auf dem Flughafen München-Oberwiesenfeld ein. Zur Begrüßung hatten sich u. a. Staatssekretär Köhm und die Direktoren der Luftkassen eingefunden. Hitler begab sich sofort zu einer Besprechung ins Braune Haus. Der Aufenthalt dürfte nur von kurzer Dauer sein.

### Eine Verfügung des preussischen Justizministers.

Berlin, 13. Mai. (Eig. Funfm.) Der preussische Justizminister hat anläßlich der Entlassung von Angestellten und Arbeitern auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums folgende Verfügung erlassen: Die nationale Regierung steht jetzt so gestellt da, daß sie auf eine fleißige Verfolgung gelegentlicher und unbedachter Arbeiter keine Wert zu legen braucht. Vielmehr soll es, nach den wiederholten Befehlen ihres Führers, zunächst noch abwärts stehende Volksgenossen für die nationale Bewegung zu gewinnen. Diesem Streben dient vornehmlich auch eine großzügige Behandlung politisch andersgesinnter Arbeitnehmer, zumal wenn sie, wie es bei den Angestellten und Arbeitern der Justizbehörden regelmäßig der Fall sein wird, sich in sozialbedrückter Lage befinden und oft nur dem ihnen gegebenen Beispiel gefolgt oder dem auf sie ausgeübten Druck erlegen und deshalb als Verführte anzusehen sind.

### Justizminister Kerel nach Wien abgefahren.

Berlin, 13. Mai. (Eig. Funfm.) Der preussische Justizminister Kerel ist Sonnabendvormittag um 10.40 Uhr in

Begleitung des Reichsjustizkommissars Dr. Franz und des Ministerialdirektors Freisler vom Flughafen Tempelhof in einem Sonderflugzeug nach Wien gestartet.

### Frankreich verlangt Stundung der Juni-Rate bis zum Abschluß der Londoner Konferenz.

Washington, 13. Mai. (Eig. Funfm.) Der französische Botschafter Laboulaye teilte Präsident Roosevelt mit, daß die französische Regierung die Zustimmung der Kammer für die Nachzahlung der Dezemberrate der französischen Kriegsschulden nachsuchen würde, wenn die amerikanische Regierung in eine Stundung der im Juni fälligen Rate wenigstens für die Dauer der Londoner Konferenz einwilligen würde. Roosevelt hat diesen Vorschlag in höflicher aber bestimmter Form abgelehnt.

### Die amerikanische Abordnung für die Londoner Weltwirtschaftskonferenz.

Washington, 13. Mai. (Eig. Funfm.) Die amerikanische Regierung hat für die amerikanische Abordnung zur Londoner Weltwirtschaftskonferenz auf dem am 31. Mai von New York abgehenden Dampfer „Washington“ Plätze belegt. Die Führer der amerikanischen Abordnung ist Staatssekretär Hull in Aussicht genommen. Unter den übrigen Vertretern werden sich wahrscheinlich u. a. der frühere Botschafter Morgenthau und der frühere Gouverneur von Ohio, Cox, befinden.

Fortsetzung der neuesten Nachrichten siehe Schlussspende.